

Vorsitzender: Herr Julian Degen, Universität Erfurt

Geschäftsstelle: Landeshauptstadt Erfurt
Dezernat Wirtschaft und Umwelt
Stabsstelle Nachhaltigkeitsmanagement
Fischmarkt 11, 99084 Erfurt
0361 655-2321

Kontakt: peter.seyfarth@erfurt.de

Protokoll der 21. öffentlichen Sitzung des Kommunalen Hochschul- und Studierendenbeirates (KHSBR)

Datum: 02.02.2017
Ort: Rathaus Raum 243
Zeit: 16:30 – 17.45 Uhr
Anwesenheit: siehe Anlage

Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Protokollbestätigung der 20. Sitzung vom 24.11.2016
4. Diskussion / Stellungnahme Wohnsituation in Erfurt
5. Diskussion / Stellungnahme Erhalt und Ausbau der Kinderbetreuung in der LHS Erfurt
6. Beschlussfassung / Stellungnahme Ausschreibung Stadtgarten
7. Sonstiges / Termine

Vorbemerkung:

Vor Beginn der Diskussion zu den einzelnen Tagesordnungspunkten verteilte der Vorsitzende eine Tischvorlage für die TOP 4 bis 6, nach denen die TOP abgearbeitet wurden (Anlage)

TOP1 und 2

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung, begrüßte die Teilnehmer und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3

Das Protokoll der 20. Sitzung vom 24.11.2016 wurde einstimmig bestätigt.

Vorbemerkung:

Vor Beginn der eigentlichen Diskussion zu den TOP stellte der Vorsitzende fest, dass die Arbeit des Beirates in den letzten Semestern die Arbeitserfolge überstieg und stellte als Ziel, in Zukunft mehr auf kommunale Vorlagen für den Stadtrat und seine Ausschüsse abzustellen, sobald diese studentische Interessen tangieren. Ein geplantes und vorausschauendes Handeln sei dafür notwendig und erfordere einen besseren Informationszugang zu Dokumenten des politischen Entscheidungsprozesses. Eine formal-rechtliche Besserstellung des Beirates sei hierzu von Nöten.

TOP 4

Unter Bezugnahme auf die Vorlage 0061 / 17 "Wohnungspolitik in Erfurt neu ausrichten" wurde festgestellt, dass die Frage "Wohnraum" auch für Studierende von gesteigertem Interesse wäre, und das am besten universitätsnah.

Frau Hahn berichtete dazu, dass die Vorlage im Stadtrat bestätigt worden sei und der Oberbürgermeister beauftragt wäre, ein Bündnis mit den Wohnungsgesellschaft und der KoWo zu bilden, um diesen Prozess so optimal wie möglich zu gestalten.

Es wurde darüber diskutiert ob es möglich wäre, das z. B. die StuRä der Hochschulen in dieses Bündnis integriert werden könnten, um ggf. rechtzeitig auf Entwicklungen im Sinne der Studierenden hinzuweisen.

Der Kanzler der Universität begrüßte die Idee der Integration von Studierenden in dieses Bündnis und schlug dazu vor, die GF der Wohnungsgesellschaften / KoWo in den Hochschulbeirat einzuladen.

Herr Dr. Schmidt-Röh erwähnte zu diesem TOP, dass man ja nicht bei "0" anfangen, vielmehr gäbe es schon regelmäßige Kontakte mit der KoWo bzw. den Wohnungsgesellschaften, allerdings sind deren Wohnungsangebote Uni-fern im Erfurter Süden angesiedelt.

Weiter bemerkte er, dass die Weichen für den Umbau der Zahnklinik als Studentenwohnheim gestellt wären und die zukünftig dort zu erwartenden 350 Wohnheimplätze eine spürbare Entlastung schaffen würden.

Auf die Frage von Herr Prof. Skowronek, inwiefern auch Studierende der IUBH von diesen Plätzen profitieren könnten, verwies Herr Dr. Schmidt-Röh auf das Semesterticket und den Semesterbeitrag, welchen Studierende staatlicher Hochschulen zahlen und dafür vergünstigten-Wohnraum erhielten. Gleichzeitig bot er an über das Thema mit der IUBH zu sprechen.

Herr Degen stellte abschließend fest, dass die Mitglieder bis zur nächsten Sitzung einen Entwurf eines Beschlusses zur Begutachtung und nachfolgenden Beschlussfassung erhalten, in dem die Frage der Möglichkeit der Integration der StuRä in das Bündnis Stadt / Wohnungsgesellschaften fixiert sein soll.

TOP 5

Ausgangspunkt der Diskussion zu TOP 5 "Kinderbetreuung" war der Sachverhalt, dass die KiTa "Zwergenhaus" auf dem Gelände der Universität (Max-Kade-Haus) ausgelastet wäre und dabei viele Kinder von "Nichtstudierenden" in der KiTa betreut würden.

Für Kinder von Studierenden gäbe es so zu wenig. Es wurde auf ein erweitertes Angebot für Studierende der Universität abgestellt. Herr Gerken unterstrich diese Forderung auch damit, dass z. B. junge Professor*innen / bzw. Ehepartner*innen nicht an die Uni Erfurt kämen, wenn die Kinderbetreuung nicht geregelt werden könnte.

Herr Dr. Schmidt-Röh merkte in der Diskussion an, dass in einer Kita im Unigelände bevorzugt Studierende berücksichtigt werden sollten, und dass das an und für sich auch in Erfurt so wäre. Die Kita auf dem Unigelände wäre im Netzplan der Stadt Erfurt erfasst, das "Problem" an der Uni aber wären die Geschwisterkinder von bereits aufgenommenen Kinder ehemaliger Studierender, die einen gesonderten Anspruch auf einen KiTa-Platz hätten.

Herr Dr. Schmidt-Röh sieht vorrangig den Auftrag, Studierende mit Kindern zu unterstützen, sieht aber auch Kapazitäts- bzw. auch Verteilungsprobleme. Er regt an, mit dem Jugendamt das Gespräch zu suchen. Bei einer zentralen Vergabe, wo nicht jeder einzelne Träger nach freien Plätzen angefragt werden müsste, könnte ggf. Verbesserungspotenziale bieten.

Auf die Frage an Herrn Prof. Zerbe, wie der Stand des Baus einer angedachten KiTa auf dem Gelände der FHE wäre, verwies dieser auf anstehende Umweltgutachten. Derzeit wäre ein Bau in Sicht.

Unter Bezugnahme auf eine derzeit in Vorbereitung befindliche Drucksache für den Stadtrat zu Kindertageseinrichtungen schlug Herr Degen vor, zu erwirken, dass er als Vorsitzender des KHSBR in den Jugendhilfeausschuss gehen könne und um Rederecht bittet und das Anliegen an die Stadtratsmitglieder zu richten. Geplanter Termin der nächsten Sitzung des JHS zu diesem Thema wäre der 16.2.2017 (Anmerkung: Die entsprechende Sitzung wurde seitens des Ausschusses vertagt).

Ziele für das Gespräch im JHA wären:

- 1) die StuRä / Studierenden und HS-Leitungen in den Vergabeprozess einzubinden
- 2) einen regelmäßigen Austausch und Dialog zwischen Studierenden / StuRä und der Stadt sowie dem Studentenwerk Thüringen erwirken

Herr Dr. Schmidt –Röh sagte seine Unterstützung in diesem Zusammenhang zu.

TOP 6

Herr Degen erläuterte unter Verweis auf sein Schreiben zur Verlegung des Sitzungstermins an die Mitglieder des Beirates (Anlage 1) darauf, dass die Ausschreibung des Stadtgarten zeitlich verschoben wäre.

Die Anforderungen der StuRä beider Hochschulen an eine Nutzung des Stadtgartens sind existent. Das wurde durch die Bestätigung der anwesenden Mitglieder klar, die berichteten, dass es Studierende gäbe, die Veranstaltungen im Stadtgarten organisierten.

Es gäbe so Herr Neumann eine Anpassung an den Kriterienkatalog ähnlich der Ausschreibung zur Engelsburg, nur sollten dazu die Studierenden eher und breiter einbezogen werden. Herr Degen schlug vor, zu erwirken, dass die Studierenden bzw. deren Vertreter in die Vergabe-Jury eingebunden werden sollten.

Herr Prof. Zerbe schlug vor, auch dazu eine Stellungnahme bzw. Forderung an die Landeshauptstadt Erfurt bzw. den OB zu richten.

TOP 7

Engelsburg:

Herr Hirche gab auf Anfrage bekannt, dass der neue Betreiber der E-Burg einen unterschriftsreifen Nutzungsvertrag von der Stadt vorliegen hätte, und dass alle Anfragen von Fachschaften an den neuen Betreiber weitergegeben würden.

Termine:

Herr Degen regte an, für eine Terminfindung nicht nur den Termin für eine unmittelbar nachfolgende Sitzung festzulegen, sondern eine längerfristige Terminkette anzustreben. Der Oberbürgermeister hatte über sein Büro zur Kenntnis gegeben, dass bei einer längerfristigen Planung seine Teilnahme besser planbar wäre.

Dabei sollte Rücksicht auf die Termine des Stadtrates genommen werden:

Für die langfristige Planungen hier die Termine der Ratssitzungen 2017:

8. / 9.3.17; 10. / 11.5.2017,

14. / 15.6.2017

Für Termine der Sitzungen des KHSBR bis zur Sommerpause kämen der 13.04. und der 18.05. in Frage. Über die Sommerpause hinaus müsste eine weitere Planung noch erfolgen.

Sommerpause

NEU:

6. / 7.9.2017

18. / 19.10.17;

15. / 16.11.17;

13. / 14.12.17

Der Termin für die nächste Sitzung des KHSBR ist der 02.03.2017, 16:30 Uhr Raum 243 (Entfallen, weil Gesprächsbedarf aufgrund von ausgefallener JHS Sitzung nicht mehr gegeben.)

Julian Degen
Vorsitzender

Peter Seyfarth
Hochschulbeauftragter